



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 - 2014

Plenarsitzungsdokument

A7-0042/2009

27.10.2009

BERICHT

über den Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 539/2001 des Rates zur Aufstellung der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von dieser Visumpflicht befreit sind
(KOM(2009)0366 – C7-0112/2009 – 2009/0104(CNS))

Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

Berichterstatlerin: Tanja Fajon

Erklärung der benutzten Zeichen

- * Verfahren der Konsultation
Mehrheit der abgegebenen Stimmen
- **I Verfahren der Zusammenarbeit (erste Lesung)
Mehrheit der abgegebenen Stimmen
- **II Verfahren der Zusammenarbeit (zweite Lesung)
*Mehrheit der abgegebenen Stimmen zur Billigung des
Gemeinsamen Standpunkts*
*Absolute Mehrheit der Mitglieder zur Ablehnung oder Abänderung
des Gemeinsamen Standpunkts*
- *** Verfahren der Zustimmung
*Absolute Mehrheit der Mitglieder außer in den Fällen, die in
Artikel 105, 107, 161 und 300 des EG-Vertrags und Artikel 7 des
EU-Vertrags genannt sind*
- ***I Verfahren der Mitentscheidung (erste Lesung)
Mehrheit der abgegebenen Stimmen
- ***II Verfahren der Mitentscheidung (zweite Lesung)
*Mehrheit der abgegebenen Stimmen zur Billigung des
Gemeinsamen Standpunkts*
*Absolute Mehrheit der Mitglieder zur Ablehnung oder Abänderung
des Gemeinsamen Standpunkts*
- ***III Verfahren der Mitentscheidung (dritte Lesung)
*Mehrheit der abgegebenen Stimmen zur Billigung des
gemeinsamen Entwurfs*

(Die Angabe des Verfahrens beruht auf der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Änderungsanträge zu Legislativtexten

In den Änderungsanträgen des Parlaments werden die gewünschten Änderungen durch ***Fett- und Kursivdruck*** hervorgehoben. Bei Änderungsrechtsakten werden unverändert aus einer bisherigen Bestimmung übernommene Textteile, die das Parlament ändern will, obwohl die Kommission sie nicht geändert hat, durch **Fettdruck** gekennzeichnet. Streichungen in solchen Textteilen werden gegebenenfalls wie folgt gekennzeichnet: [...]. Wenn Textteile *mager und kursiv* gesetzt werden, dient das als Hinweis an die zuständigen technischen Dienststellen auf solche Teile des Legislativtextes, bei denen im Hinblick auf die Erstellung des endgültigen Textes eine Korrektur empfohlen wird (beispielsweise Textteile, die in einer Sprachfassung offenkundig fehlerhaft sind oder ganz fehlen). Diese Korrektorempfehlungen bedürfen der Zustimmung der betreffenden technischen Dienststellen.

INHALT

	Seite
ENTWURF EINER LEGISLATIVEN ENTSCHEIDUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS	5
BEGRÜNDUNG	13
STELLUNGNAHME DES AUSSCHUSSES FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN	16
VERFAHREN	24

ENTWURF EINER LEGISLATIVEN ENTSCHEIDUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 539/2001 des Rates zur Aufstellung der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von dieser Visumpflicht befreit sind
(KOM(2009)0366 – C7-0112/2009 – 2009/0104(CNS))

(Verfahren der Konsultation)

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis des Vorschlags der Kommission (KOM(2009)0366),
 - gestützt auf Artikel 67 und Artikel 62 Absatz 2 Buchstabe b Unterabsatz i des EG-Vertrags, auf deren Grundlage es vom Rat konsultiert wurde (C7-0112/2009),
 - gestützt auf Artikel 55 seiner Geschäftsordnung,
 - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres und der Stellungnahme des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten (A7-0042/2009),
1. billigt den Vorschlag der Kommission in der geänderten Fassung;
 2. fordert die Kommission auf, ihren Vorschlag gemäß Artikel 250 Absatz 2 des EG-Vertrags entsprechend zu ändern;
 3. fordert den Rat auf, es zu unterrichten, falls er beabsichtigt, von dem vom Parlament gebilligten Text abzuweichen;
 4. fordert den Rat auf, es erneut zu konsultieren, falls er beabsichtigt, den Vorschlag der Kommission entscheidend zu ändern;
 5. beauftragt seinen Präsidenten, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission zu übermitteln.

Änderungsantrag 1

Vorschlag für eine Verordnung des Rates – Änderungsrechtsakt

Erwägung 1

Vorschlag der Kommission

(1) Die Listen der Drittländer in den Anhängen I und II der Verordnung (EG) Nr. 539/2001 vom 15. März 2001 sollten

Geänderter Text

(1) **Die Kommission begann den aktuellen Dialog über die Liberalisierung der Visabestimmungen mit einem regionalen**

nach den in Erwägungsgrund 5 der genannten Verordnung festgelegten Kriterien zusammengestellt werden. Einige der **Drittstaaten**, deren Situation sich im Hinblick auf diese Kriterien geändert hat, sollten von einem Anhang auf den anderen übertragen werden.

Ansatz und einer europäischen Perspektive, wobei sie die westlichen Balkanländer unter gleichen Voraussetzungen und ohne jegliche Diskriminierung einband.

Die Listen der Drittländer in den Anhängen I und II der Verordnung (EG) Nr. 539/2001 vom 15. März 2001 sollten nach den in Erwägungsgrund 5 der genannten Verordnung festgelegten Kriterien zusammengestellt werden. Einige der **westlichen Balkanländer (Albanien, Bosnien und Herzegowina, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro und Serbien)**, deren Situation sich im Hinblick auf diese Kriterien geändert hat, sollten von einem Anhang auf den anderen übertragen werden. ***Für alle betroffenen Länder sollten dieselben in den Fahrplänen für die Liberalisierung der Visabestimmungen festgelegten Kriterien gelten.***

Änderungsantrag 2

Vorschlag für eine Verordnung des Rates – Änderungsrechtsakt Erwägung 1 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(1a) Alle westlichen Balkanländer, die die Zielvorgaben erfüllt haben, sollten vom Beginn des Jahres 2010 an in die Regelung für visumfreies Reisen einbezogen werden. Denjenigen Ländern, die – obgleich sie wesentliche Fortschritte gemacht haben – die Zielvorgaben nicht vollständig erfüllt haben, sollte dasselbe Vorrecht zugestanden werden, sobald sie die in den entsprechenden Fahrplänen für die Liberalisierung der Visabestimmungen festgelegten Zielvorgaben erfüllen.

Änderungsantrag 3

Vorschlag für eine Verordnung des Rates – Änderungsrechtsakt Erwägung 2

Vorschlag der Kommission

(2) Mit fünf westlichen Balkanländern – **Albanien, Bosnien und Herzegowina, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Montenegro und Serbien** – wurden Visaerleichterungsabkommen geschlossen, die am 1. Januar 2008 in Kraft getreten sind. Dies ist ein erster konkreter Schritt auf dem Weg zur Abschaffung der Visumpflicht für die Bürger der westlichen Balkanländer, die in der Agenda von Thessaloniki vorgesehen ist. Mit jedem dieser Länder wurde 2008 ein Dialog über die Liberalisierung der Visabestimmungen eröffnet und Fahrpläne für eine Liberalisierung der Visabestimmungen erstellt. In ihrer Bewertung der Umsetzung der Fahrpläne im Mai 2009 kam die Kommission zu dem Schluss, dass die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien alle Zielvorgaben ihres Fahrplans erfüllt hat. Montenegro und Serbien haben einen Großteil der Zielvorgaben ihrer jeweiligen Fahrpläne erfüllt.

Geänderter Text

(2) Mit fünf westlichen Balkanländern wurden Visaerleichterungsabkommen geschlossen, die am 1. Januar 2008 in Kraft getreten sind. Dies ist ein erster konkreter Schritt auf dem Weg zur Abschaffung der Visumpflicht für die Bürger der westlichen Balkanländer, die in der Agenda von Thessaloniki vorgesehen ist. Mit jedem dieser Länder wurde 2008 ein Dialog über die Liberalisierung der Visabestimmungen eröffnet und Fahrpläne für eine Liberalisierung der Visabestimmungen erstellt. In ihrer Bewertung der Umsetzung der Fahrpläne im Mai 2009 kam die Kommission zu dem Schluss, dass die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien alle Zielvorgaben ihres Fahrplans erfüllt hat. Montenegro und Serbien haben einen Großteil der Zielvorgaben ihrer jeweiligen Fahrpläne erfüllt. **Albanien sowie Bosnien und Herzegowina haben seit der Bewertung der Kommission im Mai 2009 weitere Fortschritte in Bezug auf die meisten einschlägigen Zielvorgaben gemacht.**

Begründung

Der erste Teil ist eine redaktionelle Anpassung, die sich aus dem Änderungsantrag 1 ergibt. Im zweiten Teil werden fehlende Informationen über zwei westliche Balkanländer ergänzt, mit denen ein Dialog über die Visa-Liberalisierung geführt wurde und die insbesondere Gegenstand der Bewertung der Kommission vom Mai 2009 waren. Laut der Bewertung der Kommission haben die beiden Länder wichtige Fortschritte erzielt. Ferner waren zwischen Mai und September 2009 bedeutende Fortschritte (die im Vorschlag der Kommission vom Juli 2009 nicht genannt sind) zu verzeichnen.

Änderungsantrag 4

Vorschlag für eine Verordnung des Rates – Änderungsrechtsakt Erwägung 2 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(2a) Die Kommission sollte zur Förderung der Umsetzung der Agenda von Thessaloniki und als Teil ihres regionalen Ansatzes im Rahmen ihrer Zuständigkeit und unter Berücksichtigung der Resolution 1244 (1999) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen mit Kosovo in einen Dialog über Visafragen mit Blick auf die Erstellung eines Fahrplans für Visaerleichterungen und die Liberalisierung der Visabestimmungen eintreten, der den für die westlichen Balkanländer erstellten Fahrplänen entspricht.

Änderungsantrag 5

Vorschlag für eine Verordnung des Rates – Änderungsrechtsakt Erwägung 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3a) Neben der beabsichtigten Stärkung des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses wird visumfreies Reisen die Beteiligung an dem gemeinsamen Markt, der gerade schrittweise mit Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro und der früheren jugoslawischen Republik Mazedonien geschaffen wird, verbessern und zu Handel, Innovation und Wachstum beitragen.

Begründung

Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen sind derzeit in Kraft mit der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (in Kraft getreten am 1. Mai 2004) und mit Kroatien (in Kraft getreten am 1. Februar 2005). Das Stabilitäts- und Assoziierungsabkommen mit Albanien wurde im Juni 2006 unterzeichnet, und das Interimsabkommen über Handel und

Handelsfragen trat am 1. Dezember 2006 in Kraft. Das Stabilitäts- und Assoziierungsabkommen mit Albanien ist seit dem 1. April 2009 in Kraft. Das Stabilitäts- und Assoziierungsabkommen und das Interimsabkommen mit Montenegro wurden am 15. Oktober 2007 unterzeichnet und das Interimsabkommen trat am 1. Januar 2008 in Kraft, die Abkommen mit Bosnien und Herzegowina wurden am 16. Juni 2008 unterzeichnet und das Interimsabkommen trat am 1. Juli 2008 in Kraft. Die Abkommen mit Serbien sind noch nicht unterzeichnet und kein Interimsabkommen ist in Kraft.

Änderungsantrag 6

Vorschlag für eine Verordnung des Rates – Änderungsrechtsakt Erwägung 4

Vorschlag der Kommission

(4) Daher sollten die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro **und** Serbien **[wobei die beiden Letzteren alle Zielvorgaben bis zum Datum der Annahme der vorliegenden Verordnung erfüllt haben müssen]**, in den Anhang II der Verordnung (EG) Nr. 539/2001 übertragen werden. Die Visumbefreiung soll nur für Inhaber biometrischer Reisepässe, die von einem der **drei** betreffenden Länder ausgestellt wurden, gelten.

Geänderter Text

(4) Daher sollten die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro, Serbien, **Albanien und Bosnien und Herzegowina** in den Anhang II der Verordnung (EG) Nr. 539/2001 übertragen werden. ***Es wird erwartet, dass Montenegro und Serbien bis zum Tag der Annahme dieser Verordnung alle Zielvorgaben erfüllen. Für Albanien sowie Bosnien und Herzegowina sollte die Visumbefreiung gelten, sobald die Kommission in ihrer Bewertung zu dem Schluss gekommen ist, dass beide Staaten alle im jeweiligen Fahrplan für die Visaliberalisierung genannten Zielvorgaben erfüllt haben, und nachdem der Rat diese Bewertung gebilligt hat.*** Die Visumbefreiung soll nur für Inhaber biometrischer Reisepässe, die von einem der **fünf** betreffenden Länder ausgestellt wurden, gelten.

Begründung

Die Änderung der Erwägung ist eine Folge der Änderungsanträge 5 und 6, die die gegenwärtige Fassung der Verordnung (EG) Nr. 539/2001 abändern. Die Liberalisierung der Visabestimmungen wird nur Anwendung finden, wenn alle Zielvorgaben erfüllt worden sind.

Änderungsantrag 7

Vorschlag für eine Verordnung des Rates – Änderungsrechtsakt Erwägung 4 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4a) Die Kommission sollte unverzüglich und spätestens Anfang 2010 einen Bericht über die von Albanien sowie Bosnien und Herzegowina erzielten Ergebnisse hinsichtlich der Erfüllung aller im Fahrplan festgelegten Zielvorgaben vorlegen.

Änderungsantrag 8

Vorschlag für eine Verordnung des Rates – Änderungsrechtsakt Erwägung 4 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4b) Albanien sowie Bosnien und Herzegowina haben zwar im Hinblick auf die Erfüllung der Zielvorgaben Fortschritte gemacht, die zuständigen albanischen und bosnisch-herzegowinischen Staatsorgane sollten jedoch unverzüglich die für eine vollständige Erfüllung der Zielvorgaben notwendigen Reformen annehmen.

Änderungsantrag 9

Vorschlag für eine Verordnung des Rates – Änderungsrechtsakt Erwägung 4 c (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(4c) Die Kommission sollte die zuständigen albanischen und bosnisch-herzegowinischen Staatsorgane diesbezüglich unterstützen.

Änderungsantrag 10

Vorschlag für eine Verordnung des Rates – Änderungsrechtsakt Erwägung 5 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(5a) Der Prozess der Liberalisierung der Visabestimmungen sollte als Orientierung für die Festlegung der Beziehungen zu den östlichen Partnern der Europäischen Union dienen.

Begründung

Gemäß Ziffer 7 der Gemeinsamen Erklärung des Prager Gipfeltreffens zur Östlichen Partnerschaft verfolgt die Europäische Union das Ziel der vollständigen Abschaffung der Visumpflicht für ihre östlichen Nachbarn, sofern die erforderlichen Voraussetzungen gegeben sind.

Änderungsantrag 11

Vorschlag für eine Verordnung des Rates – Änderungsrechtsakt Artikel 1 – Nummer 1 – Buchstabe -a (neu)

Verordnung (EG) Nr. 539/2001

Anhang I – Teil 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(-a) In Teil I werden die Verweise auf Albanien sowie Bosnien und Herzegowina durch folgende Formulierung ersetzt:

„Albanien (*)

Bosnien und Herzegowina (*)

**** Sobald die Kommission in ihrer Bewertung zu dem Schluss gekommen ist, dass das betreffende Land alle im Fahrplan für die Visaliberalisierung genannten und aus dem Vertrag hervorgehenden Zielvorgaben erfüllt hat, wird der Name des Landes gelöscht und aus diesem Anhang in Anhang II übertragen.“***

Änderungsantrag 12

Vorschlag für eine Verordnung des Rates – Änderungsrechtsakt

Artikel 1 – Nummer 2

Verordnung (EG) Nr. 539/2001

Anhang II – Teil 1

Vorschlag der Kommission

2) In Anhang II Teil 1 *wird folgender Verweis* eingefügt:

„Ehemalige jugoslawische Republik
Mazedonien (*)

Montenegro (*)

Serbien [ausgenommen Inhaber serbischer
Reisepässe, die von der serbischen
Koordinationsdirektion (auf Serbisch:
Koordinaciona uprava) ausgestellt
wurden.](*)

(*) Die Visumbefreiung gilt nur für Inhaber
biometrischer Reisepässe.“

Geänderter Text

2) In Anhang II Teil 1 *werden folgende Verweise* eingefügt:

„Albanien (*)

Bosnien und Herzegowina (*)

Ehemalige jugoslawische Republik
Mazedonien (**)

Montenegro (**)

Serbien [ausgenommen Inhaber serbischer
Reisepässe, die von der serbischen
Koordinationsdirektion (auf Serbisch:
Koordinaciona uprava) ausgestellt
wurden.](**)

**** Sobald die Kommission in ihrer Bewertung zu dem Schluss gekommen ist, dass das betreffende Land alle im Fahrplan für die Visaliberalisierung genannten und aus dem Vertrag hervorgehenden Zielvorgaben erfüllt hat, wird der Name des Landes aus Anhang I in diesen Anhang übertragen.“ Die Visumbefreiung gilt nur für Inhaber biometrischer Reisepässe.***

***** Die Visumbefreiung gilt nur für Inhaber biometrischer Reisepässe.“***

BEGRÜNDUNG

Beim Zerfall Jugoslawiens zu Beginn der 90er Jahre waren die Mitgliedstaaten der heutigen Europäischen Union nicht in der Lage, eine gemeinsame Regionalpolitik festzulegen, die den blutigen Kriegen ein Ende gesetzt hätte. Wir haben die Verantwortung für die Region nach und nach von den Amerikanern übernommen, die zu anderen Krisengebieten der Welt weiterzogen. Unser Ziel besteht darin, Stabilität und Wohlstand in der Region aufzubauen, die der Union beitreten soll. Allerdings müssen wir uns, wenn wir von „der Region“ sprechen, immer daran erinnern, dass die Rede von den Menschen ist, die dort leben. Wir sollten dabei bedenken, dass wir nach dem Zerfall Jugoslawiens, nach grausamen Kriegen, die sehr tiefe Wunden hinterließen und Hunderttausende Flüchtlinge und Migranten veranlassten, aus der Region zu flüchten, eine junge Generation heranwachsen sehen, die abgeschnitten ist von der einigenden und wohlhabenden Union, die die Region umgibt. Die jungen Menschen in den westlichen Balkanländern reisen gewöhnlich nur innerhalb (und manchmal zwischen) ihren geteilten Ländern und können kaum jemals in die EU einreisen. Die dortigen Jugendlichen wissen über die Europäer genau so viel wie über die Amerikaner – zumeist aus dem Internet und dem Fernsehen. Die EU, die ihre Union werden soll, die ihre Regierungen zu Reformen drängt und möchte, dass sie glauben, dass wir eine europäische Familie sind, ist immer noch etwas Abstraktes. Während unsere Union sich nachdrücklich für die Freizügigkeit einsetzt, stellen wir fest, dass die Menschen in der Region weniger Rechte haben, ungehindert zu reisen, als zu Zeiten des ehemaligen Jugoslawiens. Wollen wir tatsächlich die Tür vor unseren unmittelbaren Nachbarn in den Ländern verschließen, die Kriege und den Kampf gegen die Armut erlebt haben und ihr Bestmöglichstes tun, um uns zufrieden zu stellen? Wir entscheiden nicht über Arbeitsplätze oder Aufenthaltsrechte, sondern über ein grundlegendes Recht künftiger EU-Bürger, in die Union einzureisen.

Die Strategie der Union für diese Region ist in der Agenda von Thessaloniki festgelegt, die den Menschen in den westlichen Balkanländern eine europäische Perspektive garantiert und in der insbesondere die Visa-Liberalisierung genannt ist. Anfang 2008, fünf Jahre nach der Unterzeichnung der Agenda von Thessaloniki, machte der slowenische Ratsvorsitz dieses Thema zu seinen Prioritäten, und es wurden Verhandlungen aufgenommen. In der Begründung der Kommission werden Änderungen der Verordnung (EG) Nr. 539/2001 des Rates vorgeschlagen und wird beschrieben, wie der Prozess umgesetzt wurde. Die Kommission kommt darin zu dem Schluss, dass alle fünf westlichen Balkanländer, die über die Liberalisierung verhandeln, wichtige Fortschritte gemacht haben, aber nur drei von ihnen in den kommenden Monaten mit der Visa-Liberalisierung rechnen können. Bosnien und Albanien erfüllen die Voraussetzungen nicht. Das fachliche Urteil der Kommission ist richtig, aber wir alle wissen, dass rein fachliche Entscheidungen von großer politischer Tragweite sein können. Leider wird im Vorschlag der Kommission das Risiko einer zusätzlichen Spaltung der Region unterschätzt: nachteilige Auswirkungen nicht nur auf die regionale Zusammenarbeit, sondern auch auf die interne Lage dieser Staaten. Kroaten leben in Kroatien und in Bosnien, Serben leben in Serbien und in Bosnien und Albaner leben in Albanien, Serbien und in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien. Indem wir nur einige Nationen belohnen, destabilisieren wir die Region und schneiden die politischen und ethnischen Puzzlestücke in noch kleinere Teile. Die Berichterstatterin unterstützt den Standpunkt der Kommission, dass **wir weder die vereinbarten Anforderungen senken noch die Besten für die Fehler derjenigen, die den Anforderungen nicht gerecht werden,**

bestrafen sollten. Allerdings gibt es einen dritten Ansatz.

Die Berichterstatterin schlägt in ihrem Berichtsentwurf Abänderungen vor, die Albanien und Bosnien und Herzegowina den Weg ebnen, um den Rückstand zu der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Montenegro und Serbien aufzuholen, ohne von den in den Fahrplänen für die Visa-Liberalisierung festgelegten Zielvorgaben abzurücken. **Der Deal ist sehr einfach: die Visumpflicht für jedes der beiden Länder wird unverzüglich aufgehoben, sobald eines der beiden Länder alle von der Kommission festgelegten Zielvorgaben erfüllt, ohne dass die Verordnung erneut geändert werden muss.** Mit diesem Vorschlag werden wir keinen Staat zurücklassen und keine zusätzliche Zeit mit einem erneuten Rechtssetzungsprozess verlieren. Da diese zusätzliche Zeit in den beiden Staaten erhebliche politische Konsequenzen hätte, spricht vieles dafür, eine flexible gesetzgeberische Lösung zu finden. Wir werden ein klares Signal an die Bürger der beiden Länder aussenden: Wir warten auf Sie, Sie müssen nur Ihre Regierungen veranlassen, hart an der Korrektur ihrer eigenen Fehler und der Verzögerungen zu arbeiten und dieselbe Qualität abzuliefern wie ihre Nachbarländer. Die EU tut alles in ihrer Macht Stehende, um Sie auf Ihrem Weg nach Europa zu unterstützen, ohne die Standards zu senken, die für uns alle gelten.

Die Kommission zieht es vor, die beiden Länder erst auf die Positivliste aufzunehmen, wenn sie die Zielvorgaben erfüllt haben. Dann würde ein neuer Vorschlag zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 539/2001 des Rates vorgelegt. Dieses Konzept ist sehr technisch und bequem für den Gesetzgeber, verzögert aber die Aufnahme von Albanien und Bosnien auf die Positivliste (im besten Falle um ein Jahr). Während dieser Zeit werden die Bürger der anderen drei Länder unbeschränkt reisen können. Das Fehlen eines Zeitrahmens wirkt sich ungünstig auf die Motivation der beiden Regierungen aus, Reformen vorzunehmen und ihre eigenen Fehler zu korrigieren. Die Berichterstatterin muss nicht erneut vor den politischen Folgen dieses Konzepts sowie vor dem psychologischen Schaden warnen, den es bei den Bürgern Bosniens und Albaniens in Bezug auf die europäische Integration verursachen würde, wobei auch zu berücksichtigen ist, dass in der Praxis nur eine einzige Nation – die Bosniaken (muslimische Bosnier) – von dem Prozess ausgeschlossen wären. Wir müssen uns auch daran erinnern, dass, als zwei Staaten dieser Region – Kroatien und Slowenien – unabhängig wurden, keine Visumpflicht für ihre Bürger eingeführt wurde.

Die Berichterstatterin möchte gerne unterstreichen, dass die Aufnahme eines Landes in die Positivliste unter gewissen Bedingungen keine Neuheit oder ein extravaganter Vorschlag des Parlaments ist. Bei der Änderung dieser Verordnung vor drei Jahren¹ wurden Länder wie Antigua, die Bahamas, Barbados, Mauritius, St. Kitts und Nevis und die Seychellen bedingt in den Anhang der Länder aufgenommen, die von der Visumpflicht befreit sind. Es wäre wirklich unpassend, Albanien und Bosnien, die europäischen Länder sind und eine Aussicht auf Mitgliedschaft in der EU haben, nicht eine entsprechende Chance zu geben. Die Berichterstatterin ist sicher, dass auch Albanien und Bosnien ein konstruktives Konzept für eine rasche Visa-Liberalisierung verdienen, insbesondere, wenn die Liberalisierung erst dann gewährt wird, nachdem alle Anforderungen der Kommission erfüllt worden sind.

Das zweite Anliegen des Berichts bezieht sich auf Kosovo. Kosovo ist der einzige Teil der westlichen Balkanländer, der völlig von dem Prozess der Visa-Liberalisierung ausgeschlossen

¹ Verordnung (EG) Nr. 1932/2006 des Rates vom 21. Dezember 2006.

ist. Es gibt nicht einmal eine Aussicht auf Gespräche. Dies ist natürlich der Tatsache geschuldet, dass unter den Mitgliedstaaten Uneinigkeit in Bezug auf die Anerkennung der Unabhängigkeit Kosovos besteht. Die Menschen in Kosovo verstehen zwar die politische Komplexität des Problems, doch sollten sie nicht in einem schwarzen Loch zurückgelassen werden, das durch mangelnde Einigung entstanden ist. Nach Auffassung der Berichterstatterin sollte das Parlament Druck auf die Kommission und den Rat ausüben, um eine Möglichkeit zu finden, den Prozess der Visa-Liberalisierung in Gang zu setzen und dabei gleichzeitig den Status Kosovos gemäß der Resolution 1244/99 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und die Uneinigkeit der Mitgliedstaaten bezüglich der Unabhängigkeitserklärung zu respektieren. Der Status Kosovos bleibt davon unberührt. Dies wird die erforderlichen Strukturreformen voranbringen.

Wir, die Europäische Union, müssen unsere politische Verantwortung in diesem Prozess übernehmen. Es geht um Menschen in unserer unmittelbaren Nachbarschaft. Es geht um zwischenmenschliche Kontakte, die Lebensqualität der Menschen, engere Kontakte und eine bessere wirtschaftliche Zusammenarbeit. Wenn wir wirklich alle westlichen Balkanländer in die Europäische Union integrieren wollen, dann muss insbesondere die jüngere Generation die Chance haben zu reisen, um die Europäische Union kennen zu lernen. Das zu lange Verbleiben hinter verschlossenen Türen kann lediglich den Nationalismus stärken und ethnische Spaltungen vertiefen, die vor den Kriegen praktisch nicht existent waren.

7.10.2009

STELLUNGNAHME DES AUSSCHUSSES FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

für den Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 539/2001 des Rates zur Aufstellung der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von dieser Visumpflicht befreit sind (KOM(2009)0366 – C7-0112/2009 – 2009/0104(CNS))

Verfasserin der Stellungnahme: Sarah Ludford

KURZE BEGRÜNDUNG

Das Europäische Parlament, und insbesondere der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, befürwortet entschieden die Aufhebung der Visumpflicht in Bezug auf die westlichen Balkanländer. Die derzeitige Regelung stellt einen großen Rückschritt für die Länder des ehemaligen Jugoslawien dar, deren Bürger zu sozialistischen Zeiten ohne Visa in den Westen reisen konnten, nun jedoch paradoxerweise Visa beantragen müssen.

Die Visaregelung hat zu einer Isolierung der Bürger dieser Länder geführt, die – obgleich sie im Herzen Europas leben – nur eingeschränkt die Möglichkeit haben, die Länder der Europäischen Union zu besuchen. Selbst die Nachbarländer sind für viele Menschen unerreichbar, da ihre Visaanträge aufgrund strenger Bedingungen abgelehnt werden. Diese Situation hat genau diejenigen, von denen wir gerne hätten, dass sie Kontakte zu ihren Pendants in der EU knüpfen – die Zivilgesellschaft, Geschäftsleute und Wissenschaftler – daran gehindert, dies zu tun. Insbesondere unter jungen Menschen ist der Anteil derjenigen, die nie die Gelegenheit hatten, ihr eigenes Land zu verlassen und die EU zu entdecken, außerordentlich hoch, was zu einem Gefühl der Isolierung und Diskriminierung führt. Es ist höchste Zeit, dass sich diese Situation ändert – Vertrautheit mit der EU ermöglicht besseres Verstehen und engere Zusammenarbeit und stellt eine Voraussetzung für den Aufbau guter und nachhaltiger Beziehungen dar. Es liegt im Interesse sowohl der westlichen Balkanländer als auch der EU, das Reisen leichter zu machen.

Während die Beschränkungen dem Durchschnittsbürger schaden, haben sie wahrscheinlich nur geringe Auswirkungen auf die Bewegungsfreiheit einiger der Gruppen, auf welche die

Regelung abzielt, wie beispielsweise die organisierte Kriminalität. Auf andere Weise kann viel mehr zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität, Menschenhandel und Schmuggel beigetragen werden, beispielsweise durch den Aufbau von Kapazitäten der Verwaltungen, durch verstärkte regionale Zusammenarbeit von Polizei und Justiz sowie durch intensivere Grenzüberwachung und bessere Ausbildung und Bezahlung des Personals. Erste Schritte in diese Richtung wurden bereits unternommen und erste greifbare Ergebnisse in der Region damit erzielt.

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten hat immer wieder die Aufhebung der Visumpflicht gefordert. Der Vorschlag der Kommission ist daher ein willkommener Schritt in die richtige Richtung. Doch sollte denjenigen Ländern, die zunächst nicht in die Regelung für visafreies Reisen einbezogen wurden, eine solche Einbeziehung ermöglicht werden, sobald sie bereit sind. Wir sollten es nicht zulassen, dass sie möglicherweise noch weiter isoliert werden, während ihren Nachbarn die Möglichkeit geboten wird, ohne Hindernisse in die EU zu reisen. Natürlich müssen sie bereit sein und haben noch einige Arbeit vor sich. Doch sollte die Kommission sie bereits jetzt über diese Möglichkeit informieren, von der sie profitieren könnten, sobald sie alle Voraussetzungen des Fahrplans erfüllt haben, also unabhängig von den Verzögerungen des Entscheidungsprozesses in der EU.

Deshalb sollten Albanien sowie Bosnien und Herzegowina unverzüglich von der Regelung für visafreies Reisen profitieren können, sobald die Kommission festgestellt hat, dass sie alle Zielvorgaben des Fahrplans für die Visaliberalisierung erfüllt haben. Kosovo sollte von dem Prozess, in dessen Genuss die anderen westlichen Balkanländer kommen, nicht ausgeschlossen werden und die Kommission sollte unverzüglich einen Dialog über Visafragen aufnehmen und einen Fahrplan für eine Liberalisierung der Visabestimmungen erstellen.

ÄNDERUNGSANTRÄGE

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten ersucht den federführenden Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres, folgende Änderungsanträge in seinen Bericht zu übernehmen:

Änderungsantrag 1

Vorschlag für eine Verordnung – Änderungsrechtsakt Erwägung 3

Vorschlag der Kommission

(3) Für die Bearbeitung der Reisepassanträge und die Ausstellung von Reisepässen von Personen, die in Kosovo gemäß Resolution 1244/99 des UN-Sicherheitsrats ansässig sind und Personen, deren Staatsangehörigkeitsbescheinigung

Geänderter Text

(3) Für die Bearbeitung der Reisepassanträge und die Ausstellung von Reisepässen von Personen, die in Kosovo gemäß Resolution 1244/99 des UN-Sicherheitsrats ansässig sind und Personen, deren Staatsangehörigkeitsbescheinigung

für das Gebiet Kosovos gemäß der Resolution 1244/99 des UN-Sicherheitsrates ausgestellt wurde, wird eine eigene Koordinationsdirektion in Belgrad zuständig sein. Angesichts der Sicherheitsbedenken insbesondere hinsichtlich des illegalen Migrationspotenzials sollten jedoch die Inhaber serbischer Reisepässe, die von dieser Koordinationsdirektion (auf Serbisch: Koordinaciona uprava) ausgestellt wurden, von der Regelung für visumfreies Reisen ausgeschlossen werden.

für das Gebiet Kosovos gemäß der Resolution 1244/99 des UN-Sicherheitsrates ausgestellt wurde, wird eine eigene Koordinationsdirektion in Belgrad zuständig sein. Angesichts der Sicherheitsbedenken insbesondere hinsichtlich des illegalen Migrationspotenzials sollten jedoch die Inhaber serbischer Reisepässe, die von dieser Koordinationsdirektion (auf Serbisch: Koordinaciona uprava) ausgestellt wurden, von der Regelung für visumfreies Reisen ausgeschlossen werden. ***Angesichts der Tatsache, dass die Grenze zwischen Serbien und Kosovo von den Behörden in Belgrad als Verwaltungsgrenze betrachtet wird, was sich negativ auf wirkungsvolle zwischenstaatliche Grenzkontrollen auswirken könnte, sollte die Kommission die Regierung in Belgrad auffordern, an dieser Grenze die gleichen Maßnahmen und Kontrollen durchzuführen wie an allen anderen international anerkannten Grenzen.***

Begründung

Das Innenministerium der Republik Serbien und EULEX haben im August ein Protokoll über die polizeiliche Zusammenarbeit unterzeichnet, das von der Kommission gefordert wurde, damit Serbien in das EU-Programm für visumfreies Reisen aufgenommen werden kann. Das Zollabkommen ist noch nicht ausgehandelt worden. Unabhängig vom Status Kosovos sollte Serbien an der Grenze zu Kosovo die gleichen Standardkontrollen anwenden und durchführen wie an allen anderen international anerkannten Grenzen.

Änderungsantrag 2

Vorschlag für eine Verordnung – Änderungsrechtsakt Erwägung 3 a (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3a) Die Kommission sollte zur Förderung der Umsetzung der Agenda von Thessaloniki mit Kosovo einen Dialog über Visafragen aufnehmen, um einen

Fahrplan für eine Liberalisierung der Visabestimmungen zu erstellen, der denjenigen entspricht, die für andere westliche Balkanländer erstellt worden sind. Dies sollte die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Anerkennung Kosovos als selbstständiger Staat nicht berühren.

Änderungsantrag 3

Vorschlag für eine Verordnung – Änderungsrechtsakt Erwägung 3 b (neu)

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(3b) Neben der beabsichtigten Stärkung des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses wird visumfreies Reisen die Beteiligung an dem gemeinsamen Markt, der gerade schrittweise mit Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro und der früheren jugoslawischen Republik Mazedonien geschaffen wird, verbessern und dadurch zu Handel, Innovation und Wachstum beitragen.

Begründung

Stabilization and Association Agreements are currently in force: with the former Yugoslav Republic of Macedonia (entry into force on 1 May 2004) and with Croatia (entry into force on 1 February 2005). The SAA with Albania was signed in June 2006 and the interim agreement (IA) on trade and trade-related matters entered into force on 1 December 2006. The SAA and IA with Montenegro were signed on 15 October 2007 and the IA entered into force on 1 January 2008, the agreements with Bosnia and Herzegovina were signed on 16 June 2008 and the IA entered into force 1 July 2008. Agreements with Serbia are not yet signed and no interim agreement is in force.

Änderungsantrag 4

Vorschlag für eine Verordnung – Änderungsrechtsakt Erwägung 4

Vorschlag der Kommission

(4) Daher sollten die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro **und** Serbien ***[wobei die beiden Letzteren alle Zielvorgaben bis zum Datum der Annahme der vorliegenden Verordnung erfüllt haben müssen]***, in den Anhang II der Verordnung (EG) Nr. 539/2001 übertragen werden. Die Visumbefreiung soll nur für Inhaber biometrischer Reisepässe, die von einem der **drei** betreffenden Länder ausgestellt wurden, gelten.

Geänderter Text

(4) Daher sollten die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro, Serbien, ***Albanien sowie Bosnien und Herzegowina*** in den Anhang II der Verordnung (EG) Nr. 539/2001 übertragen werden, ***unter der Voraussetzung, dass Montenegro und Serbien alle Zielvorgaben bis zum Datum der Annahme der vorliegenden Verordnung erfüllt haben werden und dass in Bezug auf Albanien sowie Bosnien und Herzegowina die Visumbefreiung unverzüglich gilt, sobald die Kommission in ihrer Bewertung zu dem Schluss gekommen ist, dass beide Länder alle im Fahrplan für die Visaliberalisierung genannten Zielvorgaben erfüllt haben, und eine Mitteilung über die Bewertung im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht worden ist. Die Kommission führt ihre Bewertungen monatlich durch; diese werden dem Europäischen Parlament und dem Rat sowie den betroffenen Ländern mitgeteilt.*** Die Visumbefreiung soll nur für Inhaber biometrischer Reisepässe, die von einem der ***fünf*** betreffenden Länder ausgestellt wurden, gelten.

Änderungsantrag 5

Vorschlag für eine Verordnung – Änderungsrechtsakt Artikel 1 – Nummer 1 – Buchstabe -a (neu) Verordnung (EG) Nr. 539/2001 Anhang I – Teil 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

(-a) In Teil 1 wird der Verweis auf Albanien sowie Bosnien und Herzegowina wie folgt geändert:

„Albanien *

Bosnien und Herzegowina *

Der Name des Landes wird unverzüglich von diesem Anhang gestrichen, sobald die Kommission in ihrer Bewertung zu dem Schluss gekommen ist, dass das betreffende Land alle im Fahrplan für die Visaliberalisierung genannten Zielvorgaben erfüllt hat, und eine offizielle Mitteilung über die Bewertung im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht worden ist.

Änderungsantrag 6

Vorschlag für eine Verordnung – Änderungsrechtsakt

Artikel 1 – Nummer 2

Verordnung (EG) Nr. 539/2001

Anhang II – Teil 1

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

2) In Anhang II Teil 1 wird folgender Verweis eingefügt:

„Ehemalige jugoslawische Republik
Mazedonien (*)
Montenegro (*)
Serbien [ausgenommen Inhaber serbischer
Reisepässe, die von der serbischen
Koordinationsdirektion (auf Serbisch:
Koordinaciona uprava) ausgestellt
wurden.](*)

(*) Die Visumbefreiung gilt nur für Inhaber

2) In Anhang II Teil 1 wird folgender Verweis eingefügt:

„Albanien * **

Bosnien und Herzegowina * **

„Ehemalige jugoslawische Republik
Mazedonien (**)
Montenegro (**)
Serbien [ausgenommen Inhaber serbischer
Reisepässe, die von der serbischen
Koordinationsdirektion (auf Serbisch:
Koordinaciona uprava) ausgestellt
wurden.](**)

(*) Die Visumbefreiung findet unverzüglich Anwendung, sobald die Kommission in ihrer Bewertung zu der Schlussfolgerung gekommen ist, dass das betreffende Land alle im Fahrplan für die Visaliberalisierung genannten Zielvorgaben erfüllt hat, und eine offizielle Mitteilung über die Bewertung im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht worden ist.

() Die Visumbefreiung gilt nur für Inhaber**

biometrischer Reisepässe.“

biometrischer Reisepässe.“

VERFAHREN

Titel	Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von dieser Visumpflicht befreit sind
Bezugsdokumente - Verfahrensnummer	KOM(2009)0366 – C7-0112/2009 – 2009/0104(CNS)
Federführender Ausschuss	LIBE
Stellungnahme von Datum der Bekanntgabe im Plenum	AFET 14.9.2009
Verfasser(in) der Stellungnahme Datum der Benennung	Baroness Sarah Ludford 16.9.2009
Prüfung im Ausschuss	29.9.2009 6.10.2009
Datum der Annahme	6.10.2009
Ergebnis der Schlussabstimmung	+ : 53 - : 8 0 : 7
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Pino Arlacchi, Frieda Brepoels, Elmar Brok, Arnaud Danjean, Michael Gahler, Andrzej Grzyb, Takis Hadjigeorgiou, Heidi Hautala, Anna Ibrisagic, Jelko Kacin, Ioannis Kasoulides, Tunne Kelam, Andrey Kovatchev, Eduard Kukan, Vytautas Landsbergis, Ryszard Antoni Legutko, Krzysztof Lisek, Sabine Lösing, Ulrike Lunacek, Barry Madlener, Mario Mauro, Willy Meyer, Francisco José Millán Mon, Alexander Mirsky, Andreas Mölzer, María Paloma Muñoz De Urquiza, Annemie Neyts-Uyttebroeck, Norica Nicolai, Raimon Obiols, Ioan Mircea Pașcu, Vincent Peillon, Mirosław Piotrowski, Hans-Gert Pöttering, Cristian Dan Preda, Fiorello Provera, Jacek Saryusz-Wolski, Adrian Severin, Marek Siwiec, Ernst Strasser, Hannes Swoboda, Zoran Thaler, Inese Vaidere, Johannes Cornelis van Baalen, Kristian Vigenin, Graham Watson, Boris Zala
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	Elena Băsescu, Emine Bozkurt, Nikolaos Chountis, Marije Cornelissen, Véronique De Keyser, Göran Färm, Lorenzo Fontana, Liisa Jaakonsaari, Elisabeth Jeggle, Baroness Sarah Ludford, Nadezhda Mihaylova, Doris Pack, Vittorio Prodi, Teresa Riera Madurell, Marietje Schaake, Indrek Tarand, Traian Ungureanu, Janusz Władysław Zemke
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 187 Abs. 2)	Michel Dantin, Tanja Fajon, Georgios Stavrakakis, Manfred Weber

VERFAHREN

Titel	Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von dieser Visumpflicht befreit sind		
Bezugsdokumente - Verfahrensnummer	KOM(2009)0366 – C7-0112/2009 – 2009/0104(CNS)		
Datum der Konsultation des EP	31.7.2009		
Federführender Ausschuss Datum der Bekanntgabe im Plenum	LIBE 14.9.2009		
Mitberatende(r) Ausschuss/Ausschüsse Datum der Bekanntgabe im Plenum	AFET 14.9.2009		
Berichterstatter(-in/-innen) Datum der Benennung	Tanja Fajon 2.9.2009		
Prüfung im Ausschuss	30.9.2009	6.10.2009	19.10.2009
Datum der Annahme	19.10.2009		
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 45 -: 2 0: 2		
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Jan Philipp Albrecht, Vilija Blinkevičiūtė, Louis Bontes, Rita Borsellino, Emine Bozkurt, Simon Busuttil, Rosario Crocetta, Cornelis de Jong, Agustín Díaz de Mera García Consuegra, Cornelia Ernst, Tanja Fajon, Monika Flašíková Beňová, Hélène Flautre, Kinga Göncz, Sylvie Guillaume, Ágnes Hankiss, Jeanine Hennis-Plasschaert, Salvatore Iacolino, Sophia in 't Veld, Teresa Jiménez-Becerril Barrio, Timothy Kirkhope, Juan Fernando López Aguilar, Baroness Sarah Ludford, Monica Luisa Macovei, Clemente Mastella, Nuno Melo, Louis Michel, Claude Moraes, Antigoni Papadopoulou, Judith Sargentini, Birgit Sippel, Csaba Sógor, Renate Sommer, Rui Tavares, Wim van de Camp, Axel Voss		
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	Elena Oana Antonescu, Andrew Henry William Brons, Anna Maria Corazza Bildt, Ioan Enciu, Monika Hohlmeier, Stanimir Ilchev, Franziska Keller, Petru Constantin Luhan, Antonio Masip Hidalgo, Mariya Nedelcheva, Michèle Striffler, Cecilia Wikström		
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 187 Abs. 2)	Ioannis Tsoukalas		
Datum der Einreichung	23.10.2009		